



öffentlich

**Betreff:**

Mieter:innen langfristig schützen – Mietenpolitische Maßnahmen ausbauen

Einreicher: Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam	Erstellungsdatum: 22.11.2022
	Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:	
Datum der Sitzung      Gremium	Zuständigkeit
07.12.2022                      Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Bekämpfung des Mietanstiegs oberste Priorität einzuräumen und die notwendigen Ressourcen durch entsprechende organisatorische Maßnahmen bereitzustellen.

Mieter:innen schützende Maßnahmen und die Schaffung von zusätzlichem bezahlbarem Wohnraum müssen parallel entwickelt werden. Sie haben Vorrang vor allen anderen Stadtentwicklungsprojekten. Aus diesem Grund beauftragt die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister dazu:

- bis Ende 2023 ein erstes Sozialraumscreening in allen Stadtteilen durchzuführen, das die Erstellung weiterer Sozialer Erhaltungssatzungen nach §172 BauGB zum Ziel hat. Der Stadtverordnetenversammlung ist mit dem Abschlussbericht über die Sozialraumuntersuchung eine Prioritätenliste zur Ausweisung potentieller Milieuschutzsatzungsgebiete, sowie ein Zeitplan zur Erstellung dieser vorzulegen.
- eine Anlauf- und Beratungsstelle für nichtkommerzielle Gemeinschaftsprojekte zu schaffen. Diese sind zudem, bspw. vertreten über das Mietshäusersyndikat, in regelmäßigen Gremiensitzungen mit Verwaltung und Politik an der weiteren Stadtentwicklung zu beteiligen.
- eine Meldestelle für Bürger:innen und Initiativen in der Verwaltung für Fälle von Spekulation, Verdrängung etc. sowie zur Meldung von Leerstand einzurichten.
- gegenüber der Landesregierung nachdrücklich den Erlass einer Umwandlungsverbotsverordnung einzufordern und die hierfür notwendigen Nachweise über die Notwendigkeit der Verordnung zuzuarbeiten.
- die Erstellung der Milieuschutzsatzung im RAW Umfeld bis Ende des zweiten Quartals 2023 abzuschließen und durch die Stadtverordnetenversammlung beschließen zu lassen.
- Verwaltungsorganisatorische Maßnahmen zu treffen und einen eventuellen Mehrbedarf an Personal bei der Stelleplanung der Landeshauptstadt Potsdam im nächsten Haushalt zu berücksichtigen, um der Priorität der Entwicklung des Mieter:innenschutzes nachzukommen. Der Stadtverordnetenversammlung ist der personelle Mehrbedarf zur Erledigung der hier festgehaltenen Maßnahmen bis zum Ende des 1. Quartals 2023 mitzuteilen.

gez. Dr. Sigrid Müller, Stefan Wollenberg  
Fraktionsvorsitzende

---

Unterschrift Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Um die Preisspirale auf dem Mietmarkt zu durchbrechen, muss die Landeshauptstadt Potsdam schneller Maßnahmen zum Schutz der Mieter:innen ergreifen. Dazu zählt neben der aktuell angelaufenen Überarbeitung des Wohnungspolitischen Konzeptes, u.a. die Umsetzung der seit vielen Jahren angedachten Milieuschutzgebiete. Die Erarbeitung der Sozialerhaltungssatzung am RAW – Gelände zeigt, dass ein solcher, rechtssicher zu gestaltender Prozess viel Zeit in Anspruch nimmt. Umso wichtiger ist es, durch Voruntersuchungen in die langfristige Planung einzusteigen und schnellstmöglich festzustellen, welche Schritte als nächstes eingeleitet werden müssen. Weitere durch die Stadt zu ergreifende Maßnahmen sind die Stärkung gemeinwohlorientierter Wohnungsmarktakeure durch Anlauf- und Beratungsstellen und die Etablierung einer gut zugänglichen Meldestelle für Leerstand und Zweckentfremdung.



<b>Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:</b>	
Titel des Antrages:	
<b>Drucksache Nr.:</b>	<b>TOP:</b>

**Stellungnahme der Verwaltung**

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung

Datum/Unterschrift  
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r